

Arbeitsgemeinschaft Naturschutz Hamburg, Klaus-Groth-Str. 21, 20535 Hamburg

Per email
Bezirksamt Hamburg - Nord
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung
Kümmellstraße 6

20249 Hamburg

E-Mail: AGNaturschutz@web.de

Unsere Zeichen:

MS/Boc

Ihre Nachricht vom/Ihr Zeichen:

1.10.2020

30.10.2020

**B-Plan Entwurf Barmbek-Nord 41 (Wiesendamm) –
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

die Mitgliedsverbände der Arbeitsgemeinschaft Naturschutz Hamburg nehmen zu dem o.g. B-Plan Entwurf wie folgt Stellung:

Artenschutz:

Dem B-Plan mangelt es bisher an einem vollständigen und abschließenden Artenschutzfachlichen Beitrag, da die Erfassung der Fledermäuse noch nicht abgeschlossen ist. („Eine abschließende artenschutzfachliche Bewertung sowie eine Formulierung von Artenschutzmaßnahmen erfolgen für alle Arten mit Ausnahme der Fledermäuse Ende Juli, für Fledermäuse nach Abschluss der Arbeiten im Herbst.“, B-Planbegründung S.41) Aufgrund der Gewässernähe ist von Fledermausvorkommen auszugehen, die ggf. durch die Baumaßnahmen betroffen sein könnten (u.a. Fällungen von Bäumen an der Böschung). Die Ergebnisse sind in den B-Plan einzuarbeiten und die sich ggf. daraus ergebenden artenschutzrechtlichen Maßnahmen sind festzusetzen.

Ebenso sind die in der B-Planbegründung S. 41 aufgeführten „Vorläufigen Hinweise für die Planung“, sowie die im artenschutzfachlichen Gutachten S. 24 und 25 zur Vermeidung von artenschutzrechtlichen Verboten genannten Maßnahmen abschließend in den B-Plan aufzunehmen.

Zur Unterstützung und Förderung der Lebensraumfunktionen sollten darüber hinaus auch Brutquartiere für den Mauersegler und den Haussperling geschaffen werden (insgesamt 10 Quartiere), ebenso sollten mind. drei Quartiere für den Hausrotschwanz vorgesehen werden. Die naturnahe Anlage der Ufer mit Röhrichten ist für die Wasservögel förderlich.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]
[REDACTED]

zur Arbeitsgemeinschaft Naturschutz Hamburg gehören:
Botanischer Verein zu Hamburg e.V.
Landesjagd- und Naturschutzverband Hamburg e.V. – Landesjägerschaft –
Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Hamburg e.V.

Naturschutzverband GÖP – Gesellschaft für ökologische Planung – e.V.
Naturwacht Hamburg e.V.
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), Landesverband Hamburg e.V.
Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V.

Originalstellungnahmen

Eingangsnummer: Nr.: 1009	Details
eingereicht am: 09.10.2020	Verfahren: Barmbek-Nord41 Verfahrensschritt: Beteiligung TöB TöB (Institution): BUKEA-Immissionsschutz und Abfallwirtschaft Abteilung: I Eingereicht von (Vor- u. Zuname): [REDACTED] Im öffentlichen Nein Bereich anzeigen: Verarbeitung nach Zustimmung ¹ DSGVO: Planunterlage: Fehlanzeige

Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Bereitstellung der Unterlagen zum B-Plan-Verfahren Barmbek-Nord 41.
BUKEA/I 21 meldet Fehlanzeige.

Die getroffenen Festsetzungen zum Lärmschutz sind aus unserer Sicht ausreichend und sachgerecht.

Mit freundlichem Gruß,

[REDACTED]

(BUKEA/ I 2107)

¹Die betroffene Person hat der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung zugestimmt.

²Die betroffene Person hat die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung widerrufen. Aus verfahrensbezogenen Gründen werden die eventuellen personenbezogenen Daten im Text der Originalstellungnahme entsprechend Art. 17 Abs. (3) DSGVO nicht gelöscht.

Originalstellungnahmen

Eingangsnummer: Nr.: 1019	Details	
eingereicht am: 03.11.2020	Verfahren:	Barmbek-Nord41
	Verfahrensschritt:	Beteiligung TöB
	TöB (Institution):	BUKEA-Naturschutz, Grünplanung und Bodenschutz
	Abteilung:	N 3- Naturschutz
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	<div></div>
	Im öffentlichen	Nein
	Bereich anzeigen:	
	Verarbeitung nach	Zustimmung ¹
	DSGVO:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Der Artenschutzfachbeitrag muss um den Themenbereich Glas und Vogelschlag im Zusammenhang mit dem Verbotstatbestand des signifikant erhöhten Tötungsrisikos nach § 44 Abs. Nr.1 BNatSchG ergänzt werden. Gegebenenfalls müssen spezifische Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen dargestellt und umgesetzt werden (beispielsweise Bemusterung von Glas). Sich hoch über die umgebende Bebauung erhebende Gebäude mit hohem Glasanteil, wie im vorliegenden Siegerentwurf, bergen ein hohes Risiko für Vogelschlag. Des Weiteren liegen die Gebäude exponiert zu Gehölzen und einem Gewässer. Hierdurch wird das Vogelschlag-Risiko zusätzlich erhöht.

Hinweis:

Es lässt sich bereits jetzt absehen, dass eine der zwingend notwendigen artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen der Erhalt störungsarmer, naturnaher Uferbereiche ist. Insofern ist der geplante Zugang zum Kanal über eine Treppenanlage kritisch zu bewerten. Falls er mit dem Artenschutz vereinbar ist (Endfassung Artenschutzfachbeitrag), muss er im Ausmaß beschränkt werden; beispielsweise nur konzentriert an einer Stelle auf möglichst geringer Breite, so dass der restliche Uferbereich ungestört bleibt. Gegebenenfalls müssen die naturnahen Bereiche eingezäunt werden um Störungen zu vermeiden. Die naturnahe Böschung ist zu erhalten mit möglichst geringer Pflege.

¹Die betroffene Person hat der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung zugestimmt.

²Die betroffene Person hat die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung widerrufen. Aus verfahrensbezogenen Gründen werden die eventuellen personenbezogenen Daten im Text der Originalstellungnahme entsprechend Art. 17 Abs. (3) DSGVO nicht gelöscht.

Originalstellungnahmen

Eingangsnummer: Nr.: 1015	Details	
eingereicht am: 02.11.2020	Verfahren:	Barmbek-Nord41
	Verfahrensschritt:	Beteiligung TöB
	TöB (Institution):	BUKEA-Wasser, Abwasser und Geologie
	Abteilung:	W1/2 - Wasserwirtschaft und Abwasserwirtschaft
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	<div></div>
	Im öffentlichen	Nein
	Bereich anzeigen:	
	Verarbeitung nach	Zustimmung ¹
	DSGVO:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Die BUKEA /W 2 nimmt zur Entwässerungsplanung (Stand 08.04.2020) wie folgt Stellung:

Im Entwässerungskonzept wird für die Treppenanlage nur ein 5-jährliches Regenereignis mit der Dauerstufe 5 Minuten angesetzt. Die Vorgabe der Wasserwirtschaft aus dem Bezirk von 17 l/s*ha bezieht sich jedoch auf ein 30-jährliches Regenereignis. Grundsätzlich wäre daher für diese Fläche das 30-jährlichen Regenereignis mit der Dauerstufe 5 Minuten anzusetzen. Diese abweichende Vorgehensweise ist mit der bezirklichen Wasserwirtschaft abzustimmen. Falls diese Vorgehensweise keine Zustimmung der Wasserwirtschaft findet, muss das Entwässerungskonzept entsprechend angepasst werden.

Der Klimawandel wird vielfältige Auswirkungen, wie steigendes Risiko von Hitze- und Trockenperioden einerseits und vermehrte Starkregenereignisse andererseits haben. Um Schäden durch Starkregen zu vermeiden und gleichzeitig die Verringerung der städtischen Hitzeeffekte auszunutzen ist die vorgelegte Planung unter Berücksichtigung der Regen-Infra-Struktur-Anpassung (RISA), die im Klimaplan verankert ist, weiter zu verfeinern.

Hierfür ist ein möglichst großer Anteil des notwendigen Überflutungsvolumens (=Volumen

Formel 21-Volumen Formel 22) nach DIN 1986-100:2016-12) oberflächlich auf den Hofflächen zurückzuhalten, so dass bei Starkregen ein Einstau dieser Flächen möglich ist und so zur Verdunstung des Niederschlagswassers beigetragen wird. Es ist bei der Modellierung der Geländeoberkanten darauf zu achten, dass kein Niederschlagswasser in die Gebäude eindringen kann und keine oberflächliche Ableitung in das Gewässer ohne die geforderte Drosselung erfolgt.

Der Notüberlauf im Drosselschacht ist durch einen Notüberlauf auf die freie Geländeoberfläche zu ersetzen. Durch den Notüberlauf im Drosselschacht kann eine Funktionseinschränkung der Drossel nicht sofort festgestellt werden, was dazu führen kann, dass die Drosseleinrichtung und damit die Einleitungsmengenbegrenzung dauerhaft umgangen werden.

Das Entwässerungskonzept ist entsprechend anzupassen und nach der abschließenden Abstimmung mit der BUKEA /W2 verbindlich in den städtebaulichen Vertrag als Anlage mitaufzunehmen.

¹Die betroffene Person hat der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung zugestimmt.

²Die betroffene Person hat die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung widerrufen. Aus verfahrensbezogenen Gründen werden die eventuellen personenbezogenen Daten im Text der Originalstellungnahme entsprechend Art. 17 Abs. (3) DSGVO nicht gelöscht.

Originalstellungnahmen

Eingangsnummer: Nr.: 1021	Details	
eingereicht am: 03.11.2020	Verfahren:	Barmbek-Nord41
	Verfahrensschritt:	Beteiligung TöB
	TöB (Institution):	BUKEA-Wasser, Abwasser und Geologie
	Abteilung:	W1/2 - Wasserwirtschaft und Abwasserwirtschaft
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	<div></div>
	Im öffentlichen	Nein
	Bereich anzeigen:	
	Verarbeitung nach	Zustimmung ¹
	DSGVO:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Stellungnahme BUKEA/W12

Wie der Planbegründung und dem Oberflächenentwässerungskonzept zu entnehmen ist, wird die Entwässerung des Plangebiets ausschließlich über das Mischwassersiel und den „Barmbeker Stichkanal“ vorgesehen. Das Vorgehen wird von BUKEA/W12 unterstützt.

Eine Versickerung des anfallenden Oberflächenwassers wird nicht verfolgt, da die Altlastenproblematik am Standort eine Verlagerung der Schadstoffe über das Sickerwasser bewirken könnte.

Es wird darauf hingewiesen, dass bezüglich dem Bau einer Tiefgarage die Grundwasserflurabstände im Plangebiet mit 5,0 - 7,5 m angegeben werden können. Es ist in der weiteren Planung zu prüfen, ob die geplante Tiefgarage in direktem Kontakt zum Grundwasser stehen wird. Ist dies der Fall, ist die Tiefgarage wassergedichtet auszuführen, da das dauerhafte Absenken von Grundwasser, wie etwa durch Drainagen oder sonstige Maßnahmen, unzulässig ist. Aufschluss kann hier eine Baugrunduntersuchung geben.

Außerdem liegen im nordwestlichen Bereich des Plangebiets vier private Förderbrunnen (Nr. 61612, 61613, 61614, 61615), die es hinsichtlich der weiteren Planung zu berücksichtigen gilt. Bei einer geplanten Überbauung der jeweiligen Förderbrunnen sind diese nach dem Stand der Technik zurückzubauen. Bitte berücksichtigen Sie hierzu das nachstehend verlinkte Merkblatt Nr. 1 „Rückbau von Förderbrunnen“.

<https://www.hamburg.de/contentblob/1995324/dd44a3a6914d30e4b20a67b351f9f792/data>

/d-merkblatt-01.pdf< /p>

¹Die betroffene Person hat der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung zugestimmt.

²Die betroffene Person hat die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung widerrufen. Aus verfahrensbezogenen Gründen werden die eventuellen personenbezogenen Daten im Text der Originalstellungnahme entsprechend Art. 17 Abs. (3) DSGVO nicht gelöscht.

Aktenzeichen:

13.11.2020

Betr.: Stellungnahme zum B-Plan Barmbek-Nord 41

Im hamburgischen Fachinformationssystem Bodenschutz / Altlasten sind innerhalb des Geltungsbereichs der Planänderung die Fläche 6840-002/00, eingestuft als Altlast, und 6840-G003, eine Grundwasserverunreinigung, verzeichnet.

Für diese Flächen ergibt sich folgender Sachstand:

6840-002/00 Wiesendamm 30, Spezifizierung: Metallverarbeitung

Historische Recherchen haben ergeben, dass auf der Fläche seit 1916 eine gewerblich/industrielle Nutzung stattgefunden hat. Bereits während des ersten Weltkriegs hat die Firma Heidenreich & Harbeck auf dem Standort Granaten gefertigt. Bis 1983 wurde das im zweiten Weltkrieg stark zerstörte Werk dann zur Herstellung und Reparatur von Maschinen genutzt. Im Rahmen der Nutzung wurden Spritz- und Lackierkammern, eine Kraftwagenhalle mit Wartungsbereich, Benzinabscheider, eine Eigenverbrauchstankstelle und eine Cyanid-Härtereie auf dem Gelände erstellt. Aktenkundig sind Schadensfälle mit LCKW (1938) und Schneideölen (1961) sowie einer Cyanid-Verunreinigung, die 1983 teilsaniert wurde.

Die straßenseitigen Verwaltungsgebäude werden seit Aufgabe der Fabrikation zum Zwecke der Jugend- und Berufsbildung genutzt. Die Nutzung der rückwärtigen Fabrikationshallen ist unbekannt.

Aufgrund der o.a. ehemaligen Nutzung war mit folgenden branchentypischen Schadstoffen zu rechnen: leichtflüchtige chlorierte Kohlenwasserstoffe (LCKW), leichtflüchtige aromatische Kohlenwasserstoffe (BTEX), Schwermetalle, Mineralölkohlenwasserstoffe (MKW), polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe und Cyanide

Aufgrund der o.a. intensiven Nutzungen seit ca. 1916 und der geologischen Gegebenheiten (unter schlackehaltigen Auffüllungen stehen zum großen Teil nicht durch Deckschichten geschützte Sande an, die ab ca. 3,5 bis 4,5 m unter Gelände wasserführend sind) konnte eine Schadstoffbelastung des Bodens und Grundwassers nicht ausgeschlossen werden.

Orientierende Untersuchungen in 2006 zeigten Belastungen des Bodens im Bereich der ehem. Cyanid-Schmelze und im Bereich der Tauchbecken. Hier hat bereits eine Teilsanierung in 1983 stattgefunden. Darüber hinaus wurden im Grundwasser Auffälligkeiten an LCKW, untergeordnet an MKW festgestellt. Weiterführende Untersuchungen zeigten, dass der Eintrag der Schadstoffe, zumindest für die LCKW, über die im

Norden angrenzende Fläche der Hamburger Hochbahn erfolgt ist. Das gesamte Grundstück Wiesendamm 30 wurde in 2006 als Altlast eingestuft, mit dem Hinweis, dass unter Beibehaltung der derzeitigen Nutzung keine Gefährdung über den Pfad Boden-Grundwasser, die eine Sanierungserfordernis bedingt, besteht. Der Pfad Boden-Mensch konnte aufgrund der flächigen Bebauung im Rahmen der durchgeführten Untersuchungen nicht bewertet werden.

Anfang 2020 wurde der westliche Grundstücksteil, der Gegenstand des B-Planes Barmbek 43 ist, durch die Ingenieurgesellschaft BGU, Hamburg, näher untersucht. Hierbei wurden im zentralen, nördlichen und südöstlichen Grundstücksteil erhebliche Belastungen an Mineralölkohlenwasserstoffen (MKW), die sich bis in den Grundwasserschwankungsbereich nachweisen lassen, detektiert. Sowohl der Eintragsort als auch die laterale Ausdehnung der Belastung wurde nicht ermittelt. Darüber hinaus wurden im zentralen, südlichen Grundstücksteil hohe Belastungen an polycyclischen, aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) bis in eine Tiefe von ca. 2,0 m unter Geländeoberkante nachgewiesen. Während die im Grundwasser nachgewiesene Belastung an leichtflüchtigen, chlorierten Kohlenwasserstoffen (LCKW) mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine Verunreinigung im Grundwasseranstroms zurückzuführen ist, geht die PAK und MKW- Belastung vom Grundstück selbst aus und hat das Grundwasser im Bereich des Grundstücks Wiesendamm 30 bereits negativ beeinflusst.

Die im Juli 2020 durchgeführte Detailuntersuchung hat den oben beschriebenen Sachstand weitgehend bestätigt. Wiederum wurden im zentralen und nördlichen Grundstücksteil erhebliche, sanierungsrelevante Belastungen an PAK und MKW nachgewiesen, die sich leider nur zum Teil eingrenzen ließen.

Vom Grundsatz her besteht für beide Kontaminationsschwerpunkte eine Sanierungsnotwendigkeit. Von einem dringendem Handlungsbedarf kann unter Beibehaltung der gegenwärtigen Nutzung seitens der BUKEA abgesehen werden.

Im Zuge der geplanten Umnutzung der Fläche sind allerdings die festgestellten Bodenbelastungen zu sanieren. Während der PAK belastete Boden im Baukörper liegt und mit der Herstellung der Baugrube entsorgt wird, reicht die MKW-Belastung ca. 2-3 Meter tiefer als die geplante Gebäudesohle, bis über den Wasserwechselhorizont hinaus (max. bis 9,0 m unter GOK) . Aufgrund der geringen Wasserlöslichkeit der MKW scheint eine Sanierung der im Bericht des Ingenieurbüros beschriebenen „Hot Spots“ allerdings bis zum Wasserwechselhorizont auskömmlich. Da auch im Zuge der Detailuntersuchungen die laterale Ausdehnung nicht hinreichend geklärt werden konnte, sind weitere sanierungsvorbereitende Untersuchungen durchzuführen.

Eine Kennzeichnung im B-Plan mit dem Hinweis, dass die Fläche erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet ist, wird dringend empfohlen. Die Durchführung einer Oberbodenbeprobung kann sinnvoll erst nach Freimachung des Baufeldes durchgeführt werden.

6840-G003 Hellbrookstraße 2-8, LCKW-Schadstofffahne

Ausgehend vom Gelände der Hauptwerkstatt der Hamburger Hochbahn AG in Hamburg-Barmbek, Hellbrookstraße 2-8, hat sich mit dem Grundwasserabstrom in südliche Richtung eine Schadstofffahne an leichtflüchtigen, chlorierten Kohlenwasserstoffen ausgebreitet. Darüber hinaus ist das Grundwasser im Schadens-

schwerpunkt mit aliphatischen und polycyclischen, aromatischen Kohlenwasserstoffen sowie untergeordnet Arsen belastet. Die Ausbreitung der LCKW-Verunreinigung erstreckt sich über die Gleise der U-Bahn bis auf den äußersten Nordwesten des Grundstücks Wiesendamm 30. Hier werden aktuell Schadstoffkonzentrationen in Höhe von 150 µg/l Summe LCKW mit abnehmender Tendenz gemessen. Die Schadstofffahne befindet sich in der Überwachung.



Originalstellungnahmen

Eingangsnummer: Nr.: 1018	Details	
eingereicht am: 03.11.2020	Verfahren:	Barmbek-Nord41
	Verfahrensschritt:	Beteiligung TöB
	TöB (Institution):	BWVI-Amt für Verkehr und Straßenwesen
	Abteilung:	Verkehrsentwicklung VE 3
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	<div></div>
	Im öffentlichen	Nein
	Bereich anzeigen:	
	Verarbeitung nach	Zustimmung ¹
	DSGVO:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Zu dem B-Planentwurf Barmbek-Nord41 nimmt die BVM sowie die BWI, WL 23 für den Luftverkehr (die eigene Beteiligung über BOB funktioniert dort noch nicht) im Rahmen der TöB-Beteiligung wie folgt Stellung:

Die vorgesehenen Planausweisungen des B-Planentwurfes Barmbek-Nord41 werden verkehrlich keine relevanten Auswirkungen auf das umliegende Hauptverkehrsstraßennetz haben. Die Zuständigkeit der Beurteilung der verkehrlichen Belange liegt in diesem Fall ausschließlich bei N/MR.

Hinweis:

Das Thema Fahrradparken sollte mit Blick auf die angestrebte Mobilitätswende und die Ziele aus dem Koalitionsvertrag und der Drs. 22/106 („Radentscheid“) als zentrales Thema verankert werden. Ziel sollte es sein, mustergültige Lösungen für das Fahrradparken - im öffentlichen und im privaten Raum - umzusetzen. Dazu sollte noch einmal kritisch geprüft werden, wie die Zahl und Zuordnung der Fahrradabstellplätze erweitert und optimiert werden kann. Attraktive Flächen in direkter Nähe zu den Eingängen müssen für das Fahrradparken gesichert werden. Dies gilt auch für das Besucherparken im öffentlichen Raum. Im Quartier müssen Nutzer das Gefühl bekommen, dass egal an welchem Quell- oder Zielort man sich befindet, ohne Umwege und direkt ein Fahrradabstellplatz zu erreichen ist.

Im weiteren Verfahren sollte für das private Fahrradparken für die Beschäftigten und Besucher berücksichtigt werden, dass neben besonders kurzen Wegen, einer ebenerdigen

Zugänglichkeit und hochwertigen Gestaltung explizit auch Abstellmöglichkeiten für Lastenräder, Schließfächer mit Lademöglichkeiten für Akkuladegeräte etc. vorgesehen werden.

¹Die betroffene Person hat der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung zugestimmt.

²Die betroffene Person hat die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung widerrufen. Aus verfahrensbezogenen Gründen werden die eventuellen personenbezogenen Daten im Text der Originalstellungnahme entsprechend Art. 17 Abs. (3) DSGVO nicht gelöscht.

Originalstellungnahmen

Eingangsnummer: Nr.: 1006	Details	
eingereicht am: 05.10.2020	Verfahren:	Barmbek-Nord41
	Verfahrensschritt:	Beteiligung TöB
	TöB (Institution):	Hamburg Wasser
	Abteilung:	Bauleitplanung und Investorenberatung
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	<div></div>
	Im öffentlichen	Nein
	Bereich anzeigen:	
	Verarbeitung nach	Zustimmung ¹
	DSGVO:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme
	Datei:	Katasterauszug HSE.pdf
	Datei:	Katasterauszug HWW.pdf

Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben erhalten Sie die Stellungnahme der Hamburger Wasserwerke GmbH und der Hamburger Stadtentwässerung AöR zum Bebauungsplan Barmbek-Nord 41.

Stellungnahme der Hamburger Wasserwerke (HWW):

Gegen den vorliegenden Bebauungsplanentwurf werden seitens der Hamburger Wasserwerke GmbH grundsätzlich keine Einwendungen erhoben.

Wir schicken Ihnen einen Auszug aus unseren Bestandsplänen. Wie Sie daraus entnehmen können, ist der an das Plangebiet angrenzende Wiesendamm im hier betroffenen Bereich von uns berohrt.

Des Weiteren machen wir darauf aufmerksam, dass eine Wasserversorgung des im Plan erfassten Gebietes nur möglich ist, wenn wir rechtzeitig vor Beginn der geplanten Bebauung einen formlosen Antrag auf Wasserversorgung mit näheren Angaben, aus denen sich der zu erwartende Wasserbedarf ergibt, erhalten. Zudem muss bei der Festlegung evtl. neuer Straßenquerschnitte ausreichender Raum für die Unterbringung unserer Versorgungsleitungen berücksichtigt werden.

Für die Richtigkeit unserer Unterlagen können wir keine Gewähr übernehmen. Setzen Sie sich deshalb bitte - insbesondere wegen der örtlichen Angabe aller unserer Anlagen - mit unserem zuständigen Netzbetrieb Mitte, Ausschläger Allee 175, Tel: 7888-38222 - in Verbindung.

Wir bitten Sie, unsere bestehenden Anlagen bei Ihrer Planung zu berücksichtigen, damit kostspielige Leitungsumlegungen vermieden werden.

Stellungnahme der Hamburger Stadtentwässerung (HSE):

Grundsätzlich bestehen seitens der HSE keine Bedenken hinsichtlich der Aufstellung des Bebauungsplans Barmbek-Nord 41.

Den vorhandenen Sielbestand (Mischbesielung) entnehmen Sie bitte dem beigefügten Sielkatasterauszug.

Wie im vorliegenden Entwässerungskonzept (Stand April 2020) korrekterweise beschrieben, dürfen aus sielhydraulischer Sicht max. 30 l/s Niederschlagswasser von dem Plangebiet (MK-Fläche) in das vorhandene Mischwassersielnetz eingeleitet werden.

Darüberhinausgehende Regenwassermengen sind im Plangebiet zu belassen bzw. zu bewirtschaften oder aber zeitverzögert dem öffentlichen Mischwassersielnetz zuzuführen. Die erforderlichen Rückhaltekapazitäten auf den Grundstücken und die zulässigen Einleitmengen in die Siele sind im Rahmen eines nachfolgenden Genehmigungsverfahrens (Einleitgenehmigung) mit Beteiligung der Hamburger Stadtentwässerung zu regeln.

Von der HSE wird es ausdrücklich begrüßt, dass das Entwässerungskonzept eine direkte Einleitung des vom Plangebiet anfallenden Niederschlagswassers in den Barmbeker Stichkanal vorsieht und so zu einer Entlastung des innerstädtischen Mischwassernetzes beigetragen wird.

Das vom Plangebiet zusätzlich anfallende Schmutzwasser kann schadlos in das Mischwassersielnetz eingeleitet werden.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



¹Die betroffene Person hat der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung zugestimmt.

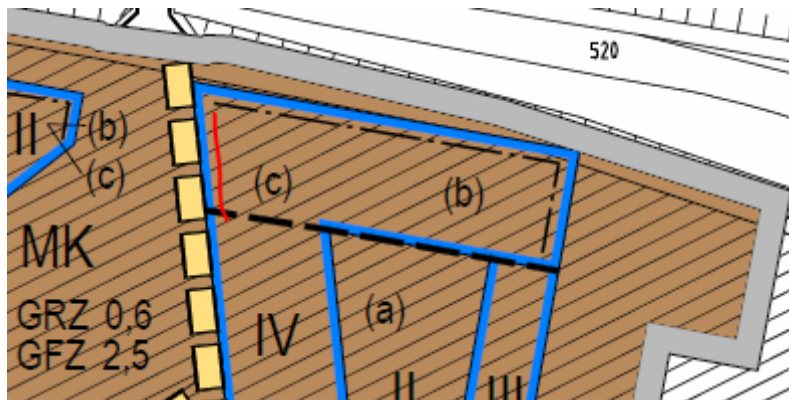
²Die betroffene Person hat die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung widerrufen. Aus verfahrensbezogenen Gründen werden die eventuellen personenbezogenen Daten im Text der Originalstellungnahme entsprechend Art. 17 Abs. (3) DSGVO nicht gelöscht.

Töb-Stgn.-Entwurf Barmbek Nord 41

Von Seiten der BSW/LP 21 wird gebeten folgende Anmerkungen zu berücksichtigen:

Planzeichnung

- In der Planzeichnung und in der Legende zur Planzeichnung zum Denkmalschutz Einzelanlage fehlt das "D". Eventuell könnte in der Planzeichnung das "D" außerhalb der roten Umrandung mit Hinweisstrich zur besseren Lesbarkeit angeordnet werden.
- Der Siegerentwurf soll über eine Baukörperausweisung gesichert werden. Der Abstand zwischen der vorderen und der rückwärtigen Baugrenze ist bei baukörper- oder baukörperähnlichen Festsetzungen zu bemaßen.
- In der Regel ist die Breite der mit einem Gehrecht zu belastenden Fläche zu vermaßen. Dabei sollte der Öffentlichkeit eine ausreichend breite Wegefläche bereitgestellt werden. Um die Intension der Zugänglichkeit der weiteren Platzfläche bis hin zum Kanal für die Öffentlichkeit zu sichern, sollte die Zugänglichkeit über das Gehrecht hinaus im städtebaulichen Vertrag abgesichert werden. Eine flächige Festsetzung des Gehrechts ist dagegen nicht möglich.
- **Lärmschutz**
Wir empfehlen, den Geltungsbereich der Markierung „Lärmschutz an Fassaden“ wie unten skizzenhaft in Rot dargestellt im östlichen Gebäude zu erweitern, um auch am nördlichen Ende der Westfassade einen ausreichenden Lärmschutz vorsorglich zu gewährleisten:



Nach der Pegelverteilung aus der Lärmtechnischen Untersuchung zu urteilen, muss in der oberen Ecke schon mit Pegeln über 64 dB(A) tags gerechnet werden.

Hinweis: Zur endgültigen Validierung könnte man den Gutachter bitten, an der Stelle noch einen repräsentativen Immissionsort zu setzen und die konkreten Pegel auszurechnen.

- Die Liniendarstellung „Risikogebiet Sturmflut Hochwasser“ wirkt sehr dick, jedenfalls im Vergleich zur Planzeichnung des Bebauungsplans Barmbek-Nord 38.
- Um die Legende sollte kein Rahmen gezogen werden.
- Die Übersichtskarte in Farbe ist unüblich.

§ 2 der Verordnung

Nummer 7

Zur Klarstellung wird folgende Ergänzung empfohlen: *„Im Kerngebiet sind über dem obersten zulässigen Vollgeschoss weitere Geschosse unzulässig.“* Wenn statt III nur II Geschosse errichtet würden, bliebe das dritte Geschoss doch weiterhin zulässig. Erreichen will man doch, dass keine weiteren Nichtvollgeschosse die Gebäude höher werden lassen.

Nummer 9

In der Planzeichnung sind zwei Bereiche mit (a) gekennzeichnet. Insofern müsste hier von "Bereichen" die Rede sein. Zudem sollte das (a) in „(a)“ umgewandelt werden. *„In den mit „(a)“ gekennzeichneten Bereichen...“*

Nummer 10

Die Formulierung „Im Bereich des Platzes“ erscheint d.E. relativ unbestimmt. Es wird empfohlen die Verortung genauer zu formulieren wie z.B. *„westlich der mit vier und fünf Vollgeschossen festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche“*. Denkbar wäre auch die Aufnahme eines weiteren Buchstabens in die Planzeichnung z.B. *„In dem mit „(d)“ gekennzeichneten Bereich...“*

Nummer 15

Es wird empfohlen, auch für die Bäume in den Trögen eine Mindestpflanzqualität festzusetzen. Auch die Größe der Pflanztröge sollte vorgegeben werden, insbesondere im Hinblick auf die für Baumpflanzungen erforderliche umgrenzende unversiegelte Fläche.

Nummer 17 und 18

Es wird empfohlen die Nummern 17 und 18 in der Reihenfolge zu tauschen. Darüber hinaus wäre auch denkbar, in der Planzeichnung entlang der Böschung zunächst den Erhalt der Baumpflanzungen festsetzen z.B. durch ein flächiges Erhaltungsgebot in der privaten Grünfläche. Bei Abgang ist dann entsprechend der Festsetzung nach zu pflanzen. Die maximal zwei zulässigen Treppenanlagen müssten dann vom Erhalt ausgenommen werden. Zu den zwei Treppenanlagen sollte dann jeweils ein Gereicht führen.

Nummer 14 und 20

LP21 weist bezüglich der Festsetzungen in § 2 Nummern 14 und 20 auf die Stellungnahme der BSW/RS6 (Herrn Wernsmann) vom 26.10.2020.

Begründung

Allgemein zur Begründung

In der Fassung der Begründung zur Töb-Verschickung wird durchgängig die Formulierung "Bebauungsplan-Entwurf" verwendet. Dies ist bis zur Feststellung des Bebauungsplans in die Formulierung "Bebauungsplan" zu ändern.

3.4.1 Stadträumliche Einbindung des Plangebietes

„Nördlich des Plangebietes verläuft der Bahndamm der U-Bahnlinie U3 sowie der Güterumgebungsbahn,...“ Es wird darauf hingewiesen, dass die Güterumgebungsbahn nicht hier verläuft, sondern parallel zur S-Bahn Richtung Alte Wöhr.

4. Umweltbericht

Auch wenn kein schriftlicher Umweltbericht erfolgt, sollte die Ziffer 4 für den Umweltbericht nicht ersatzlos und mit Lücke in der Nummerierung der Kapitel der Begründung entfallen und hier auf Ziffer 2 verwiesen werden.

Die Formulierung auf Seite 24, letzter Absatz „*Weitere Gestaltungsanforderungen, z.B. zur Materialität, zu Fensterformaten oder zur Gestaltung des neuen Platzes können ggf. über einen städtebaulichen Vertrag mit der Grundstückseigentümerin gesichert werden.*“ ist sehr unbestimmt. Es wird gebeten, dies konkreter zu fassen, wenn es denn einen städtebaulichen Vertrag geben soll. Sollte es zur Absicherung der Gestaltung des Vorhabens einen städtebaulichen Vertrag geben, wäre dieser Bestandteil des Bebauungsplans und bis zur öffentlichen Auslegung abzustimmen und abzuschließen.

Im Kapitel 5.6.4 „Altlasten und Bodenschutz“ wird auf Seite 32 trotz der Empfehlung aus dem Gutachten, das Grundstück Wiesendamm 30 aufgrund der ermittelten erhöhten PAK, BaP- und MKW-Gehalte als „Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind“ (gem. § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB) zu kennzeichnen, im Rahmen der Abwägung davon Abstand genommen. LP21 empfiehlt dennoch aufgrund der vorherrschenden und gutachterlich ermittelten Situation, diese Kennzeichnung in die Planzeichnung und als textliche Erläuterung in die Begründung aufzunehmen - vor allem vor dem Hintergrund der Möglichkeit einer längeren Nichtbebauung des Grundstücks.

Bis auf das Thema zur Oberflächenentwässerung sind die anderen abgehandelten Themen nicht festsetzungsrelevant. Es wird angeregt zu prüfen, ob diese im Kapitel 3.4 oder 5.11 verschoben werden.

„Von der Tiefbau-Wasserbehörde (Bezirksamt Hamburg-Nord) wurde für die Einleitung des anfallenden Oberflächenwassers in den Barmbeker Stichkanal eine Einleitmengenbegrenzung von 17 l/s*ha festgelegt.“ Wenn in der Begründung eine Einleitbegrenzung genannt wird – die nicht festgesetzt werden kann – wird empfohlen, dies über einen städtebaulichen Vertrag abzusichern.



Originalstellungnahmen

Eingangsnummer: Nr.: 1011	Details	
eingereicht am: 05.11.2020	Verfahren:	Barmbek-Nord41
	Verfahrensschritt:	Beteiligung TöB
	TöB (Institution):	BSW-Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung
	Abteilung:	LP
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	<div></div>
	Im öffentlichen	Nein
	Bereich anzeigen:	
	Verarbeitung nach	Zustimmung ¹
	DSGVO:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme
	Datei:	2020-11-03_Stgn_LP_Töb_BN41.pdf

Stellungnahme

Planzeichnung

- In der Planzeichnung und in der Legende zur Planzeichnung zum Denkmalschutz Einzelanlage fehlt das D. Eventuell könnte in der Planzeichnung das D außerhalb der roten Umrandung mit Hinweisstrich zur besseren Lesbarkeit angeordnet werden.
- Der Siegerentwurf soll über eine Baukörperausweisung gesichert werden. Der Abstand zwischen der vorderen und der rückwärtigen Baugrenze ist bei baukörper- oder baukörperähnlichen Festsetzungen zu bemaßen.

- In der Regel ist die Breite der mit einem Gehrecht zu belastenden Fläche zu vermaßen. Dabei sollte der Öffentlichkeit eine ausreichend breite Wegefläche bereitgestellt werden. Um die Intension der Zugänglichkeit der weiteren Platzfläche bis hin zum Kanal für die Öffentlichkeit zu sichern, sollte die Zugänglichkeit über das Gehrecht hinaus im städtebaulichen Vertrag abgesichert werden. Eine flächige Festsetzung des Gehrechts ist dagegen nicht möglich.

- Lärmschutz

Wir empfehlen, den Geltungsbereich der Markierung „Lärmschutz an Fassaden“ wie unten skizzenhaft in Rot dargestellt im östlichen Gebäude zu erweitern, um auch am nördlichen Ende der Westfassade einen ausreichenden Lärmschutz vorsorglich zu gewährleisten:

(Auszug aus der Planzeichnung siehe Anlage)

Nach der Pegelverteilung aus der Lärmtechnischen Untersuchung zu urteilen, muss in der oberen Ecke schon mit Pegeln über 64 dB(A) tags gerechnet werden.

Hinweis: Zur endgültigen Validierung

könnte man den Gutachter bitten, an der Stelle noch einen repräsentativen Immissionsort zu setzen und die konkreten Pegel auszurechnen.

- Die Liniendarstellung „Risikogebiet Sturmflut Hochwasser“ wirkt sehr dick, jedenfalls im Vergleich zur Planzeichnung des Bebauungsplans Barmbek-Nord 38.
- Um die Legende sollte kein Rahmen gezogen werden.
- Die Übersichtskarte in Farbe ist unüblich.

§ 2 der Verordnung

Nummer 7

Zur Klarstellung wird folgende Ergänzung empfohlen: „Im Kerngebiet sind über dem obersten zulässigen Vollgeschoss weitere Geschosse unzulässig.“ Wenn statt III nur II Geschosse errichtet würden, bliebe das dritte Geschoss doch weiterhin zulässig. Erreichen will man doch, dass keine weiteren Nichtvollgeschosse die Gebäude höher werden lassen.

Nummer 9

In der Planzeichnung sind zwei Bereiche mit (a) gekennzeichnet. Insofern müsste hier von **Bereichen** die Rede sein. Zudem sollte das (a) in „(a)“ umgewandelt werden. „In den

mit „(a)“ gekennzeichneten Bereichen. . .“

Nummer 10

Die Formulierung „Im Bereich des Platzes“ erscheint d.E. relativ unbestimmt. Es wird empfohlen die Verortung genauer zu formulieren wie z.B. „westlich der mit vier und fünf Vollgeschossen festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche“. Denkbar wäre auch die Aufnahme eines weiteren Buchstabens in die Planzeichnung z.B. „In dem mit „(d)“ gekennzeichneten Bereich. . .“

Nummer 15

Es wird empfohlen, auch für die Bäume in den Trögen eine Mindestpflanzqualität festzusetzen. Auch die Größe der Pflanztröge sollte vorgegeben werden, insbesondere im Hinblick auf die für Baumpflanzungen erforderliche umgrenzende unversiegelte Fläche.

Nummer 17 und 18

Es wird empfohlen die Nummern 17 und 18 in der Reihenfolge zu tauschen. Darüber hinaus wäre auch denkbar, in der Planzeichnung entlang der Böschung zunächst den Erhalt der Baumpflanzungen festsetzen z.B. durch ein flächiges Erhaltungsgebot in der privaten Grünfläche. Bei Abgang ist dann entsprechend der Festsetzung nach zu pflanzen. Die maximal zwei zulässigen Treppenanlagen müssten dann vom Erhalt ausgenommen werden. Zu den zwei Treppenanlagen sollte dann jeweils ein Gerecht führen.

Nummer 14 und 20

LP 21 weist bezüglich der Festsetzungen in § 2 Nummern 14 und 20 auf die Stellungnahme der BSW/RS6 (Herrn Wernsmann) vom 26.10.2020.

Begründung

Allgemein zur Begründung

In der Fassung der Begründung zur Töb-Verschickung wird durchgängig die Formulierung Bebauungsplan-Entwurf verwendet. Dies ist bis zur Feststellung des Bebauungsplans in die Formulierung Bebauungsplan zu ändern.

3.4.1 Stadträumliche Einbindung des Plangebietes

„Nördlich des Plangebietes verläuft der Bahndamm der U-Bahnlinie U3 sowie der Güterumgehungsbahn, . . . “ Es wird darauf hingewiesen, dass die Güterumgehungsbahn nicht hier verläuft, sondern parallel zur S-Bahn Richtung Alte Wöhr.

4. Umweltbericht

Auch wenn kein schriftlicher Umweltbericht erfolgt, sollte die Ziffer 4 für den Umweltbericht nicht ersatzlos und mit Lücke in der Nummerierung der Kapitel der Begründung entfallen und hier auf Ziffer 2 verwiesen werden.

5.5. Gestalterische Festsetzungen

Die Formulierung auf Seite 24, letzter Absatz „Weitere Gestaltungsanforderungen, z.B. zur Materialität, zu Fensterformaten oder zur Gestaltung des neuen Platzes können ggf. über einen städtebaulichen Vertrag mit der Grundstückseigentümerin gesichert werden.“ ist sehr unbestimmt. Es wird gebeten, dies konkreter zu fassen, wenn es denn einen städtebaulichen Vertrag geben soll. Sollte es zur Absicherung der Gestaltung des Vorhabens einen städtebaulichen Vertrag geben, wäre dieser Bestandteil des Bebauungsplans und bis

zur öffentlichen Auslegung abzustimmen und abzuschließen.

5.6.4 „Altlasten und Bodenschutz

Im Kapitel 5.6.4 „Altlasten und Bodenschutz“ wird auf Seite 32 trotz der Empfehlung aus dem Gutachten, das Grundstück Wiesendamm 30 aufgrund der ermittelten erhöhten PAK, BaP- und MKW-Gehalte als „Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind“ (gem. § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB) zu kennzeichnen, im Rahmen der Abwägung davon Abstand genommen. LP21 empfiehlt dennoch aufgrund der vorherrschenden und gutachterlich ermittelten Situation, diese Kennzeichnung in die Planzeichnung und als textliche Erläuterung in die Begründung aufzunehmen - vor allem vor dem Hintergrund der Möglichkeit einer längeren Nichtbebauung des Grundstücks.

5.7 Wasser

Bis auf das Thema zur Oberflächenentwässerung sind die anderen abgehandelten Themen nicht festsetzungsrelevant. Es wird angeregt zu prüfen, ob diese im Kapitel 3.4 oder 5.11 verschoben werden.

„Von der Tiefbau-Wasserbehörde (Bezirksamt Hamburg-Nord) wurde für die Einleitung des anfallenden Oberflächenwassers in den Barmbeker Stichkanal eine Einleitmengenbegrenzung von 17 l/s*ha festgelegt.“ Wenn in der Begründung eine Einleitbegrenzung genannt wird – die nicht festgesetzt werden kann – wird empfohlen, dies über einen städtebaulichen Vertrag abzusichern.

¹Die betroffene Person hat der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung zugestimmt.

²Die betroffene Person hat die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung widerrufen. Aus verfahrensbezogenen Gründen werden die eventuellen personenbezogenen Daten im Text der Originalstellungnahme entsprechend Art. 17 Abs. (3) DSGVO nicht gelöscht.

Originalstellungnahmen

Eingangsnummer: Nr.: 1023	Details	
eingereicht am: 03.11.2020	Verfahren:	Barmbek-Nord41
	Verfahrensschritt:	Beteiligung TöB
	TöB (Institution):	Bezirksamt Hamburg-Nord - MR 3
	Abteilung:	Fachamt Management des öffentlichen Raums
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	<div></div>
	Im öffentlichen	Nein
	Bereich anzeigen:	
	Verarbeitung nach	Zustimmung ¹
	DSGVO:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Stellungnahme N/MR 31

Zur Beteiligung Bebauungsplan BN 41 ergeben sich seitens des Fachbereichs folgende Anmerkungen / Anregungen:

Planbild:

- Die Böschung sollte als „private Grünfläche“ ausgewiesen werden. Der Begriff Böschung wird u.a. gewählt wenn eine Böschung zum Gewässer gehört (Tiefbau) dies ist hier nicht der Fall – bitte prüfen und anpassen.
- Das Erhaltungsgebot für die Buchenhecke entlang der Straßenverkehrsfläche. Hier sollte geprüft werden ob auch eine Darstellung im Planbild

möglich ist.

- Wie soll das Wegerecht im Norden weitergeführt werden?

§ 2 Festsetzungen / Begründung zum Bebauungsplan:

§ 2Nr. 15 / Anpflanzgebot Bäume

- Um für die 5 festgesetzten Bäume dauerhaft eine Entwicklungsmöglichkeit (auch in Trögen) sicherzustellen wären Angaben hinsichtlich der Größe der Tröge bzw. des durchwurzelbaren Raumes zu ergänzen.
- Die Beschreibung der anzupflanzen- den Bäume ist hinsichtlich einer einheitlichen Aussage zu überprüfen
.... standortgerechte (§ 2 Nr. 15)
.....einheimischen und standortgerechten Laubbäumen (Begründung)
..... nur heimische standortgerechte Arten (Begründung)
Es wird darum gebeten zu prüfen ob auch die Pflanzung von „Klima –Bäumen“ ermöglicht werden kann.

§ 2Nr. 16 Anpflanzgebot Hecken

- Es wird darum gebeten zu prüfen, ob die Planzeichnung hierzu ergänzt werden kann.
- Die Pflanzqualität ist hinsichtlich der

BdB – Nomenklatur zu überprüfen.

- Zur Unterbrechung der Hecke zur Sicherung einer Zufahrt werden unterschiedliche Angaben gemacht; bitte die Anforderungen Grün mit den Festlegungen Tiefbau abgleichen und ein einheitliches Maß festlegen.

§ 2Nr. 17 / Nr. 18 festgesetzte Baumpflanzungen - private Grünfläche (Böschung)

- Sofern hier ein vielschichtiger Gehölzbestand planungsziel ist wird gebeten zu prüfen, ob für die gesamte Böschung ein Anpflanzgebot und Erhaltungsgebot mit Bäumen – und Sträuchern vorgesehen werden kann mit den entsprechenden Qualitätsfestlegungen für Bäume 1. Und 2. Ordnung.
- ggf. wären Angaben zur Verteilung zu ergänzen
- ggf. wäre die Planzeichnung zu ergänzen.

Unterlagen zu Untersuchungen:

Die Bestandserfassung ist um die Hecke an der Straßenbegrenzungslinie zu ergänzen. Darüber hinaus sollte eine baumgutachterliche Bewertung des Baum- / und Heckenbestandes (sofern diese noch nicht vorliegt) ergänzt werden.

¹Die betroffene Person hat der Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung zugestimmt.

²Die betroffene Person hat die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung widerrufen. Aus verfahrensbezogenen Gründen werden die eventuellen personenbezogenen Daten im Text der Originalstellungnahme entsprechend Art. 17 Abs. (3) DSGVO nicht gelöscht.

Wärme Hamburg GmbH
Andreas-Meyer-Straße 8, 22113 Hamburg

Wärme Hamburg GmbH

Andreas-Meyer-Straße 8
22113 Hamburg

Geschäftsstelle
Überseering 12
22297 Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
-VE 3-
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg

Bebauungsplan
Barmbek 41 - Stellungnahme

Datum
02.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben die Unterlagen des oben genannten Bebauungsplans geprüft und teilen Ihnen mit, dass sich im Bereich der Stichkanalbrücke eine Fernwärmeleitungen befindet.

Beachten Sie bitte, dass Aufgrabungen und Arbeiten im Bereich von Fernwärmeleitungen mit besonderer Rücksicht auszuführen sind:

Bei Aufgrabungen parallel zu **Fernwärmeleitungen in Betonkanälen** darf ein lichter Abstand von 0,80 m, bei Ihrer Kreuzung ein lichter Abstand von 0,20 m nicht unterschritten werden.

Bei Aufgrabungen im Bereich von **Kunststoffmantelrohr - Fernwärmeleitungen (KMR)** ist jeweils ein lichter Abstand von 0,50 m gefordert, da besonders hier der rohrumhüllende Boden zur Abstützung des Bettungsdruckes und zum Erhalt ihrer Lage notwendig ist.

Wir weisen ausdrücklich auf die "Empfehlungen für Aufgrabungen im Bereich von erdverlegten KMR" hin.

Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass sich in unseren Fernwärmetrassen auch 400V-Steuerkabel befinden. Beachten Sie bitte auch mögliche Querverbindungen dieser zu Schaltkästen, Schächten und Gebäuden.

Jede Beschädigung von Fernwärmeanlagenteilen ist umgehend der Wärme Hamburg GmbH zu melden.

Den zurzeit aktuellen Fernwärmeleitungsbestand entnehmen Sie bitte dem beigefügten Fernwärme Übersichtsplan (rot eingezeichnet sind die in Planung befindlichen Leitungen).

Der Übersichtsplan gilt **nicht** als Leitungsauskunft. Erforderlichen Leistungsauskünfte (Lagepläne, Revisionszeichnungen) sind bei der Wärme

Unsere Zeichen
Barmbek 41

Ansprechpartner/in:

■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■

Hamburg Netzdokumentation (dokumentation@waerme.hamburg)
einzuholen, oder- vorrangig- über das online Leistungsauskunftsportal „ELBE
+“ der Stadt Hamburg.

Datum 02.11.2020
Seite 2/2

Wir bitten darum, die Fernwärmeleitung in der Begründung unter den
Angaben zum Bestand mit aufzuführen.

Freundliche Grüße

Wärme Hamburg GmbH


Grundstücksmanagement

Anlage

	<p>Verfahrensname: Barmbek-Nord41 Verfahrensschritt: Kenntnisnahme TöB TöB (Institution): BUKEA-Wasser, Abwasser und Geologie Abteilung: W1/2 - Wasserwirtschaft und Abwasserwirtschaft Planunterlage: Gesamtstellungnahme</p>
<p>ID: 1027</p> <p>Eingereicht am: 16.01.2023</p>	<p>BUKEA W24 bittet entsprechend der unten angeführten Stellungnahme vom 02.11.2020 um die Anpassung und Abstimmung des Entwässerungskonzeptes:</p> <p>Die BUKEA / W24 nimmt zur Entwässerungsplanung (Stand 08.04.2020) wie folgt Stellung:</p> <p>Im Entwässerungskonzept wird für die Treppenanlage nur ein 5-jährliches Regenereignis mit der Dauerstufe 5 Minuten angesetzt. Die Vorgabe der Wasserwirtschaft aus dem Bezirk von 17 l/s*ha bezieht sich jedoch auf ein 30-jährliches Regenereignis. Grundsätzlich wäre daher für diese Fläche das 30-jährliche Regenereignis mit der Dauerstufe 5 Minuten anzusetzen. Diese abweichende Vorgehensweise ist mit der bezirklichen Wasserwirtschaft abzustimmen. Falls diese Vorgehensweise keine Zustimmung der Wasserwirtschaft findet, muss das Entwässerungskonzept entsprechend angepasst werden.</p> <p>Der Klimawandel wird vielfältige Auswirkungen, wie steigendes Risiko von Hitze- und Trockenperioden einerseits und vermehrte Starkregenereignisse andererseits haben. Um Schäden durch Starkregen zu vermeiden und gleichzeitig die Verringerung der städtischen Hitzeeffekte auszunutzen ist die vorgelegte Planung unter Berücksichtigung der Regen-Infra-Struktur-Anpassung (RISA), die im Klimaplan verankert ist, weiter zu verfeinern.</p> <p>Hierfür ist ein möglichst großer Anteil des notwendigen Überflutungsvolumens (=(Volumen Formel 21-Volumen Formel 22) nach DIN 1986-100:2016-12) oberflächlich auf den Hofflächen zurückzuhalten, so dass bei Starkregen ein Einstau dieser Flächen möglich ist und so zur Verdunstung des Niederschlagswassers beigetragen wird. Es ist bei der Modellierung der Geländeoberkanten darauf zu achten, dass kein Niederschlagswasser in die Gebäude eindringen kann und keine oberflächliche Ableitung in das Gewässer ohne die geforderte Drosselung erfolgt.</p> <p>Der Notüberlauf im Drosselschacht ist durch einen Notüberlauf auf die freie Geländeoberfläche zu ersetzen. Durch den Notüberlauf im Drosselschacht kann eine Funktionseinschränkung der Drossel nicht sofort festgestellt werden, was dazu führen kann, dass die Drosseleinrichtung und damit die Einleitungsmengenbegrenzung dauerhaft umgangen werden.</p> <p>Das Entwässerungskonzept ist entsprechend anzupassen und nach der abschließenden Abstimmung mit der BUKEA /W2 verbindlich in den städtebaulichen Vertrag als Anlage mit aufzunehmen.</p>

Originalstellungnahmen | Barmbek-Nord41 | Bauleitplanung Online

Eingangsnummer: Nr.: 1031	Details	
eingereicht am: 19.01.2023	Verfahren:	k.A.
	Verfahrensschritt:	Kenntnisnahme TöB
	Institution:	BUKEA-Wasser, Abwasser und Geologie
	Abteilung:	W1/2 - Wasserwirtschaft und Abwasserwirtschaft
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	<div></div>
	Im öffentlichen Bere- ich anzeigen:	Nein
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Stellungnahme BUKEA/W12

- Im Rahmen des AKI wurde bereits kommuniziert, dass das dauerhafte Absenken von Grundwasser, wie etwa durch Drainagen oder sonstige Maßnahmen, unzulässig ist. Dies wurde im AKI zwar zur Kenntnis genommen, eine Würdigung in Verordnung und Begründung findet aber aktuell noch nicht statt. Dies ist entsprechend der nachstehenden Bausteine nachzuholen.

Verordnung:

„Bauliche und technische Anlagen, wie zum Beispiel Drainagen, die zu einer dauerhaften Absenkung des vegetationsverfügbaren Grundwassers führen, sind unzulässig.“


Textbaustein:

„Eine Absenkung des Grund- bzw. Stauwasserspiegels kann zur Schädigung der bestehenden Vegetation führen. Um eine Schädigung des Wasserhaushalts und damit eine Schädigung des Naturhaushalts zu vermeiden, sind dauerhafte Grund-

wasserabsenkungen unzulässig. Ziel der Festsetzung ist die Vermeidung dauerhafter Veränderungen des oberflächennahen, pflanzenverfügbaren obersten Grund- bzw. Stauwassers durch bauliche und technische Maßnahmen, die zu einer Absenkung dieses Wasserspiegels führen würden. Sie dient dem Schutz des an diese Standortbedingungen angepassten Vegetationsbestands. Mit dieser Festsetzung werden für die Planungsumsetzung geeignete technische Bauausführungen zum Erhalt der anstehenden Wasserverhältnisse gewährleistet. Ringdrainagen würden demgegenüber zu einer Absenkung des pflanzenverfügbaren Grund- bzw. Stauwassers führen.“

- In Bezug auf die vorgesehene Fassadenbegrünung ist das Folgende in der Begründung unter Kap. 5.9.2, S. 44 zu ergänzen:

„Die regelhafte Verwendung von Trinkwasser für die Bewässerung von Fassadenbegrünungen ist dabei auszuschließen. Bodengebundene Systeme sind zu bevorzugen, da sie ihren Wasserbedarf über die unversiegelte Fläche decken können. In der Pflanzenwahl sind solche Arten zu wählen, die sich durch einen geringen Wasserbedarf auszeichnen und somit gegenüber Trockenphasen resistenter sind.“

Eingangsnummer: Nr.: 1029	Details	
eingereicht am: 17.01.2023	Verfahren:	k.A.
	Verfahrensschritt:	Kenntnisnahme TöB
	Institution:	BSW-Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung
	Abteilung:	LP
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	

	Im öffentlichen Bere-	Nein
	ich anzeigen:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Begründung S. 48: LP 21 empfiehlt die Formulierung Um das daraus resultierende Risiko der Tötung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG durch Vogelschlag zu minimieren [...] anzupassen und dahingehend zu schärfen, dass es sich bei der Festsetzung um eine Vorsorgemaßnahme handelt. Laut Artenschutzfachbeitrag ist nicht von einem erhöhten Tötungsrisiko auszugehen.

Eingangsnummer: Nr.: 1030	Details	
eingereicht am: 17.01.2023	Verfahren:	k.A.
	Verfahrensschritt:	Kenntnisnahme TöB
	Institution:	BSW-Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung
	Abteilung:	LP
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	██████████
	Im öffentlichen Bere-	Nein
	ich anzeigen:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Zur Verordnung:

LP21 empfiehlt in Ermangelung einer Rechtsgrundlage auf die Festsetzung einer gedrosselten Ableitung des Niederschlagswasser in § 2 Nr. 14 zu verzichten. Zudem wird empfohlen auf die Formulierung „nach Maßgabe der zuständigen Stelle“ zu verzichten, da diese Anforderung bereits durch § 7 i. V. m. § 11a Abs. 1 und 3 HmbAbwG geregelt ist.

Eingangsnummer: Nr.: 1028	Details	
eingereicht am: 17.01.2023	Verfahren:	k.A.
	Verfahrensschritt:	Kenntnisnahme TöB
	Institution:	BSW-Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung
	Abteilung:	LP
	Eingereicht von (Vor- u. Zuname):	██████████
	Im öffentlichen Bere-	Nein
	ich anzeigen:	
	Planunterlage:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Verordnung § 2 Nr. 20: Auf die Festsetzung der Wellenlänge für artenfreundliche Beleuchtung kann verzichtet werden, da diese Angabe herstellerseitig unüblich ist und die Überwachung nur mit teuren und aufwendigen Messinstrumenten möglich ist. Die Festlegung der Farbtemperatur ist ausreichend, da diese stark mit verträglichen Wellenlängen korreliert. Dementsprechend sollte auch die Begründung angepasst werden.

Eingangsnummer: Nr.: 1027	Details
eingereicht am: 16.01.2023	Verfahren: k.A. Verfahrensschritt: Kenntnisnahme TöB Institution: BUKEA-Wasser, Abwasser und Geologie Abteilung: W1/2 - Wasserwirtschaft und Abwasserwirtschaft Eingereicht von (Vor- u. Zuname): [REDACTED] Im öffentlichen Bere- Nein ich anzeigen: Planunterlage: Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

BUKEA W24 bittet entsprechend der unten angeführten Stellungnahme vom 02.11.2020 um die Anpassung und Abstimmung des Entwässerungskonzeptes:

Die BUKEA / W24 nimmt zur Entwässerungsplanung (Stand 08.04.2020) wie folgt Stellung:

Im Entwässerungskonzept wird für die Treppenanlage nur ein 5-jährliches Regenereignis mit der Dauerstufe 5 Minuten angesetzt. Die Vorgabe der Wasserwirtschaft aus dem Bezirk von 17 l/s*ha bezieht sich jedoch auf ein 30-jährliches Regenereignis. Grundsätzlich wäre daher für diese Fläche das 30-jährlichen Regenereignis mit der Dauerstufe 5 Minuten anzusetzen. Diese abweichende Vorgehensweise ist mit der bezirklichen Wasserwirtschaft abzustimmen. Falls diese Vorgehensweise keine Zustimmung der Wasserwirtschaft findet, muss das Entwässerungskonzept entsprechend angepasst werden.

Der Klimawandel wird vielfältige Auswirkungen, wie steigendes Risiko von Hitze- und Trockenperioden einerseits und vermehrte Starkregenereignisse andererseits haben. Um Schäden durch Starkregen zu vermeiden und gleichzeitig die Verringerung der städtischen Hitzeeffekte auszunutzen ist die vorgelegte Planung unter Berücksichtigung der Regen-Infra-Struktur-Anpassung (RISA), die im Klimaplan verankert ist, weiter zu verfeinern.

Hierfür ist ein möglichst großer Anteil des notwendigen Überflutungsvolumens (= (Volumen Formel 21 - Volumen Formel 22) nach DIN 1986-100:2016-12) oberflächlich auf den Hofflächen zurückzuhalten, so dass bei Starkregen ein Einstau dieser Flächen möglich ist und so zur Verdunstung des Niederschlagswassers beigetragen wird. Es ist bei der Modellierung der Geländeoberkanten darauf zu achten, dass kein Niederschlagswasser in die Gebäude eindringen kann und keine oberflächliche

Ableitung in das Gewässer ohne die geforderte Drosselung erfolgt.

Der Notüberlauf im Drosselschacht ist durch einen Notüberlauf auf die freie Geländeoberfläche zu ersetzen. Durch den Notüberlauf im Drosselschacht kann eine Funktionseinschränkung der Drossel nicht sofort festgestellt werden, was dazu führen kann, dass die Drosseleinrichtung und damit die Einleitungsmengenbegrenzung dauerhaft umgangen werden.

Das Entwässerungskonzept ist entsprechend anzupassen und nach der abschließenden Abstimmung mit der BUKEA /W2 verbindlich in den städtebaulichen Vertrag als Anlage mit aufzunehmen.

Eingangsnummer: Nr.: 1026	Details
eingereicht am: 09.01.2023	Verfahren: k.A. Verfahrensschritt: Kenntnisnahme TöB Institution: Bezirksamt Hamburg-Nord - MR 3 Abteilung: Fachamt Management des öffentlichen Raums Eingereicht von (Vor- u. Zuname): [REDACTED] Im öffentlichen Bereich anzeigen: Nein Planunterlage: Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Stellungnahme MR31:

§ 2 Festsetzungen / Begründung/ Planbild – B-Plan BN 41

Nr.7 das Gehrecht im Bereich der privaten Grünfläche ist derzeit nur über die Verordnung gesichert und nicht im Planbild dargestellt.

Es wird darum gebeten zu prüfen ob hier eine Ergänzung im Planbild erfolgen kann.

Nr.15 auf der Platzfläche sind *mindestens* 5... Bäume zu pflanzen. Im Begründungstext sowie im Entwurf zur Freiflächenplanung sind 4 Bäume angegeben. Es wird um Prüfung und Anpassung gebeten.

Nr.17 die private Grünfläche soll mit Bäumen und Sträuchern ausgestattet werden:

- zu ergänzen wären Art, Umfang und Qualität der Strauchpflanzung (Verordnung / Begründung)
- im Entwurf zur Freiflächenplanung sind mittelkronige, nicht heimische Bäume, sowie Sorten dargestellt; dies entspricht nicht der geplanten Festsetzung. Es wird um Prüfung und Anpassung gebeten.

(redaktionelle Anmerkung - die Reiter (Verordnung / Begründung) haben z.T. Bezeichnungen anderer B-Pläne)